

Selbstverpflichtung Faire Praktika

Fraktionsbeschluss 8. November 2011

Als bündnisgrüne Bundestagsfraktion haben wir uns im Jahr 2006 eine Selbstverpflichtung für faire Praktika gegeben. Auf unsere Initiative hin hat der Deutsche Bundestag 2007 seine rechtlichen Rahmenbedingungen und Ausführungsbestimmungen für die Beschäftigung von Praktikantinnen und Praktikanten (u. a. um eine Regelung von entgeltlichen Praktikaverhältnissen in Abgeordnetenbüros) erweitert und auf diese Weise Schutzlücken geschlossen.

Praktika sind für uns ein wichtiger Teil der Ausbildungs- und Studienphase. Für die Berufswahlorientierung und die Qualifizierung junger Menschen bekommen Praktika eine zunehmende Bedeutung. Als besonderes Lernverhältnis steht in einem Praktikum die Vermittlung von berufspraktischen Aspekten und der Erwerb zusätzlicher Kompetenzen im Mittelpunkt. Ziel ist es, vor dem Eintritt in die Arbeitswelt vielfältige Praxiserfahrungen, Einblicke und Erkenntnisse zu sammeln. Von einem Praktikum profitieren sowohl der/ die Praktikant/in als auch der/ die Praktikageber/in – beide Seiten können voneinander lernen. Ein Praktikum grenzt sich dabei vertraglich und in der Praxis von einem regulären Arbeitsverhältnis ab.

Praktikantinnen und Praktikanten haben das Recht auf faire Bedingungen. Deshalb verpflichtet sich die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen bei der Beschäftigung von Praktikantinnen und Praktikanten sowohl in den Fraktions- als auch in den Abgeordnetenbüros auf folgende Grundsätze:

Ein Praktikumsverhältnis:

1. setzt den Abschluss eines Vertrags voraus, der den Zweck, die Inhalte und Aufgaben sowie die wöchentliche Praktikumszeit festlegt;
2. ist so auszugestalten, dass der/ die Praktikant/in vielfältige Erkenntnisse und Einblicke gewinnt;
3. dauert maximal drei Monate und, wenn es die Ausbildungs- oder Studienordnung vorschreibt, bis maximal sechs Monate.

Ein Praktikant/eine Praktikantin:

4. erhält nach seinem Praktikum ein Zeugnis als Nachweis;
5. erhält einen geeigneten Arbeitsplatz durch den Praktikumsgeber;
6. hat eine feste, namentlich bekannte Ansprechperson;
7. erhält im Laufe seines Praktikums ein Feedback- Gespräch;
8. ersetzt keine Vollzeitstellen.

Die Praktikumsvergütung:

9. für ein nachschulisches, ausbildungs-, studien- und promotionsbegleitendes – verpflichtendes wie freiwilliges – Praktikum beträgt mindestens 300 EUR pro Monat.

Postgraduierten bzw. HochschulabsolventInnen sind keine Praktika-, sondern Arbeitsverträge anzubieten. Abweichend davon können Bachelor-AbsolventInnen, die sich nachweislich um einen Masterstudienplatz beworben haben, in dieser Zwischenphase ein bis zu dreimonatiges Praktikum absolvieren. Für sie gelten alle in den Punkten 1-8 genannten Regelungen sowie eine Mindestvergütung von 300 EUR pro Monat. Bei Beginn des Praktikums darf der BA-Abschluss nicht länger als 6 Monate zurückliegen.

Für Praktika in den Abgeordnetenbüros ist der Muster-Praktikumsvertrag der Bundestagsverwaltung zu nutzen. Die Kostenerstattung erfolgt demgemäß aus der MdB-Mitarbeiterpauschale.

Nach Ablauf einer Wahlperiode verlängert sich die Gültigkeit dieser Selbstverpflichtung automatisch. Sie kann mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen geändert werden.